

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Brantings Appell an Deutschland.

Die internationale Bedeutung der deutschen Wahlen.

Stockholm, 4. Dezember. (Nachung des Tidningarnas Telegrambyrå.) „Sozialdemokraten“ hatte den Ministerpräsidenten Branting um eine Aeußerung über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland für die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ersucht. Branting hat daraufhin folgende Erklärung abgegeben:

Es versteht sich von selbst, daß ich in meiner Stellung sorgfältig alles vermeiden muß, was den Schein einer Einmischung in die politische Entwicklung Deutschlands erwecken könnte. Es dürfte indessen erlaubt sein, von allgemeinem europäischen Gesichtspunkte heraus die außerordentliche Bedeutung einer stabilen deutschen Politik für die Befriedung von ganz Europa hervorzuheben, einer Politik, die das Ziel ins Auge faßt, das Einvernehmen in Europa zwischen den Nationen wiederherzustellen, die durch den Weltkrieg so weit voneinander getrennt worden sind. Der Umkehrung der französischen Politik Deutschland gegenüber, die Durchführung des Dawes-Planes und nicht zuletzt die ganz veränderte Atmosphäre, die in Genf zum Vorschein kam, als in der letzten Völkerverammlung die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur Erörterung gelang, das alles sind erfreuliche Zeichen. Jeder gute Europäer, dem um die baldige Wiederherstellung unseres Weltfriedens nach diesen Jahren der Konflikte ernst ist, muß mein- Erachtens wünschen, daß diese Entwicklung bei der Mehrheit des deutschen Volkes und in dem neuen Reichstag Widerhall findet. Dieses Ziel setzt sich u. a. die neue, gebildete und schnell entwickelte Organisation, die sich Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nennt und die an sämtliche republikanischen Parteigruppen einen Appell gerichtet hat, die Republik zu schützen und ein fortschrittliches Deutschland zu schaffen. Die öffentliche Meinung Europas würde selbstverständlich die Möglichkeit begrüßen, Deutschland für die internationale demokratische Zusammenarbeit zu gewinnen, die der Welt not tut.

die Revision zugelassen worden wäre, noch, wenn sie zugelassen worden wäre, ob dann ein neues Kriegsgericht den General freigesprochen hätte. Die schmerzliche Erfahrung der Dreyfus-Affäre und so vieler anderer hätten mißtrauisch und vorsichtig gemacht. Werde die Affäre Rathusius, die wieder einmal die

grundlegende Unfähigkeit eines Kriegsgerichts bewiesen habe, unparteiisch zu urteilen, und die wieder einmal beinahe schwere internationale Rückwirkungen gehabt hätte, die Regierung und das Parlament aus ihrer schuldhaften Passivität aufzurütteln und sie dem Parlament eine Reform der Militärjustizgerichte unterbreiten lassen? Gebe es denn wirklich etwas Einfacheres als die Sache Rathusius? Gegen den General stehe das Geschwört von Diensthofen,

von denen keiner eine formelle, genaue und sich als wahr erweisende Zeugenaussage gemacht habe. Das Kriegsgericht sei sich dessen so sehr bewußt gewesen, daß er von allen Hauptanliegenpunkten nur einen aufrechterhielt: einige Stücke eines Tafelgeschirrs, die er seiner Frau geschickt haben soll. Als der Angeklagte mit ruhiger Stimme beteuerte, daß seine Frau, wenn er dies gemacht hätte, ihn verachtet haben würde, und als er erklärte, daß er inmitten der schweren Verantwortung, die auf ihm lag, da ihm die Organisation des Rückzuges unterstand, sich kaum mit einigen Schüsseln und Tellern hätte beschäftigen können, die seine Soldaten vielleicht gestohlen haben könnten, da habe er augenscheinlich die vollste Wahrheit gesagt.

Jeder Gerichtshof hätte ihn ohne Beratung freigesprochen. Das Kriegsgericht in Lille habe ihn verurteilt, wie das Kriegsgericht von Rennes den Hauptmann Drenus verurteilt habe und wie während des Krieges die ungerechten Militärjustizgerichte durch Standurteile verurteilt und ohne Urteil Hinrichtungen hätten vornehmen lassen. Finden nicht, fragt der Verfasser des Artikels, die Regierung und das Parlament, daß das zum Himmel schreit und daß es Zeit ist, die Kriegsgerichte aufzugeben und ein neues Militärgerichtsgesetzbuch auszuarbeiten und einzuführen?

Dieses müßige Eintreten von Bosh für Rathusius' Unschuld und gegen die Kriegsgerichte überhaupt ist die würdigste Antwort auf die maßlosen Beschimpfungen, denen Bosh selbst von deutschnationaler Seite in letzter Zeit ausgeführt worden ist. Ein französischer Reaktionsär hätte dieser Mut nicht aufgebracht.

Sadoul in der Pariser Sowjetbotschaft.

Volschewistischer Dolchstoß gegen Gerriot.

Paris, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die französische kommunistische Partei richtete vor kurzem an den General in Abwesenheit zum Tode verurteilten Hauptmann Sadoul, der sich bis jetzt in Moskau (zuletzt in Berlin, Red. d. „Vorwärts“) befand, die Aufforderung, sich nach Frankreich zu begeben. Nunmehr scheint sich zu bestätigen und auch in den Wandergängen der Kammer war das Gerücht verbreitet, daß Sadoul sich bereits in Paris befindet. Er soll im Besitze eines russischen Diplomatenpasses sein und zum Personal der russischen Botschaft gehören. Dies wird von der Botschaft allerdings bestritten. Die Pariser Polizei schadet eifrig nach Sadoul und glaubt, am Donnerstagsvormittag seiner habhaft zu werden. Das Amnestiegesetz, wie es von der Kammer angenommen worden war, hatte eine Begnadigung Sadouls vorgeesehen, der Senat aber hat diesen Paragraphen gestrichen.

Turati gegen Mussolini.

Kampfsausage der Opposition.

Mailand, 3. Dezember. (Ca.) Auf der großen Oppositionsversammlung in Mailand hielt der sozialistische Abgeordnete Turati eine Rede, in der er Enthüllungen über die Absichten Mussolinis machte. Turati führte aus, der Faschismus sei durch die Notwendigkeit, die Wähler Motocolls zu bestrafen, in eine ausweglose Situation geraten. Er könne unmöglich den Prozeß überleben und er könne ebensowenig sich an der Macht halten, wenn er ewig hinausgezögert. Die Absicht der Faschisten gehe darauf hinaus, Tausende von Sozialisten und oppositionellen Elementen zu verhaften und wegen irgendwelcher alten Vergehen unter Anklage zu stellen. In Rimini habe man bereits den Anfang gemacht mit 200 Verhaftungen. Es werde an Leichten, Verschönerungen und Komplote und ähnliche Verbrechen zu konstruieren. Wenn die Gefängnisse voll von Sozialisten sein werden, so werde die Regierung eine allgemeine Amnestie beantragen, und damit auch die Vergangenheit des Faschismus außerhalb jeder Diskussion stellen. Die Opposition werde jedoch unter keiner Bedingung auf diesen Kuhhandel eingehen und erst dann die Opfer des Bürgerkrieges vergessen, wenn Italien wieder ein zivilisiertes Land geworden sei.

Amendola betonte die Unmöglichkeit eines Kompromisses und hob die Verantwortung der Faschistenfreunde hervor, die im Namen eines konservativen Programms es zulassen wollten, daß das Land in eine Verbrechershöhle verwandelt werde. Es gäbe in dem Kampf zwischen Opposition und Faschismus nur Sieg oder Niederlage.

Biondini sprach der Vertreter der Frontkämpfervereingung „Italia Libera“ Fachinetti. Er sagte, man dürfe auch vor der Gewalt nicht zurückweichen, um dem ewigen Bürgerkrieg ein Ende zu geben.

Nach der Versammlung der Oppositionspartei erklärten mehrere Delegierte, man könne diese Versammlung als die erste Sitzung des italienischen Parlamentes ansehen. Es eröffne eine Reihe von ähnlichen Versammlungen, deren nächste in Turin stattfinden würde. Diese Versammlungen verfolgten den Zweck, einen direkten Kontakt herzustellen zwischen den Oppositionellen und den Arbeitermassen der großen Industriezentren.

Menschenopfer unerhört!

Der Freiburger Prozeß.

Zu den letzten Kommunistenprozessen wird uns von juristischer Seite geschrieben:

Kaltes Entsetzen packt uns beim Lesen des neuesten Hochverratsurteils im Freiburger Prozeß des Staatsgerichtshofs. Nahezu 100 Jahre Freiheitsstrafe, ansteigend bis zu zehn Jahren Zuchthaus im Einzelfall, dazu Geld- und auch wohl Ehrenstrafen. Mehrere Tausend Menschen, wohl nicht alle „blühende“, aber alle doch Menschen, für lange Zeit oder für immer vom Leben abgeschlossen, ebenso viele Familien bitterstem Kummer und größtenteils tiefstem Elend überantwortet!

Nicht weiche Gefühlseligkeit läßt mich dieses furchtbare Bild von Menschennot hier aufrollen. Ich habe an sich wenig Mitleid mit Gewalttätern, die in einem demokratischen Staate der widerstrebenden Volksmehrheit ihren Willen mit den Waffen, notfalls also mit Blut und Mord aufzuzwingen suchen. Und die kommunistischen Hochverräter, die ebenso wie ihre völkischen Zwillingbrüder für den Fall des Sieges ihrer Waffen schon die Tschaka, die planmäßige Ermordung vornehmlich ihrer sozialdemokratischen Gegner, vorbereitet haben, dürfen sich wirklich nicht beklagen, wenn ihnen ein hartes — im Vergleich mit der von ihnen verehrten Moskauer Blutjustiz immer noch mildes — Urteil auferlegt wird.

Und doch! Es bäumt sich etwas auf in uns sozialdemokratischen „Bataien der Bourgeoisie“, die sich ja noch nicht zur bolschewistisch-staatsmännlichen Herzensverrohung durcagerungen haben, wenn wir uns das Bild des Vollzugs dieser Strafen und ihrer Folgen für so viele Unbeteiligte klar machen. Wir fragen, ob wirklich ein rechtlicher Zwang die Richter, die Hochverräter von rechts gegenüber soviel menschliches Verstehen aufzubringen wissen, zu solchen Strafen genötigt hat. Wir kennen aus vielen Erfahrungen die schmählige Herrschaft des Zweierlei-Rechts, das den einen zu neuem Hochverrat ermutigt, derweil es den anderen mit der eisernen Sohle der Abschreckungslehre zertritt.

An die Wirkung dieser Abschreckung glaube ich im allgemeinen nicht. Solche Unternehmungen gehen von Deuten aus, die in ihrer Beschränktheit auf einen Sieg hoffen, also nicht an Bestrafung denken, oder von Fanatikern, die bereit sind, für das, was ihnen gerecht und ideal erscheint, auch noch schwerere Opfer zu bringen. Wenn in Zukunft weniger kommunistische „Aktionen“ zu erwarten sind, so wird das nicht so sehr die Wirkung dieser Rechtsprechung, als die des Abflauens der ganzen Bewegung, des Zusammenbruchs des Aberglaubens an die Weltrevolution sein. Unsere ablehnende Haltung gegen die Klassenjustiz bleibt davon unberührt.

Aber es ergibt sich eine andere Frage. Die Rechtspflege hat bessere Mittel, wirkliche Abschreckung zu üben, noch dazu Abschreckung in milderer Form, die die Schuldigen trifft und die Opfer verschont.

Es wird bei den Amnestiekomödien unserer Kommunisten, die für die Opfer ihrer eigenen Verbrechen bei demselben Staat um Gnade betteln, den sie in Schmutz ziehen und zu zerstören suchen, viel zu wenig betont, daß die Amnestieschreier die wirklich Schuldigen sind. Gewiß ist es möglich, durch die Arbeit der Sozialdemokratie einen Teil der minder Belasteten die Strafe teilweise zu ersparen. Aber bestreidend ist das nicht, wenn man bedenkt, daß die Treiber und Anstifter der Putzakt mit ruhig ihre Diäten verzehren und in der russischen Botschaft tafeln, während ihre Opfer im Zuchthaus verrotten oder auf der Barrikade bluten. Ich will darum einen sehr einfachen Vorschlag machen, der mir geeignet scheint, Abhilfe zu schaffen, uns von jeder Putzerei, trage sie Sowjetstern oder Hakenkreuz, zu erlösen.

Ich sage: man fasse die eigentlich Schuldigen, die Hintermänner! Ich meine nicht strafrechtlich, obwohl mich das „Denunziant“-Geschrei der Verbrecher nicht stören würde. Aber viel wirksamer ist die zivilrechtliche Haftbarmachung. Sie verleiht keine Märtyrerglorie, aber sie greift durch, kräftiger als das Zuchthaus.

Hören wir das Bürgerliche Gesetzbuch! Es sagt im § 223 Absatz 1:

Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

§ 226: Wer in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

§ 230: Haben mehrere durch eine gemeinschaftlich begangene Handlung einen Schaden verursacht, so ist jeder für den Schaden verantwortlich. Das gleiche gilt, wenn sich nicht ermitteln läßt, wer von mehreren Beteiligten den Schaden durch seine Handlung verursacht hat.

Anstifter und Gehilfen stehen Mitaltern gleich. § 231: Wer einen anderen zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der andere in Ausführung der Verpflichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. . . .

§ 240, Abs. 1: Sind für den aus einer unerlaubten Handlung entstehenden Schaden mehrere nebeneinander verantwortlich, so haften sie . . . als Gesamtschuldner (d. h. jeder einzelne für den ganzen Schaden bis zu dessen Deckung).

Man braucht weder die Auslegungskunst deutscher Klassenjustiz noch die Rabulistik der Tschekisten, um die klare und eindeutige Anwendbarkeit dieser Vorschriften — nicht nur auf die armen Teufel, die sich zu solchen Unternehmungen dinge oder „begelstern“ lassen, sondern auch auf

Ruhr- und Köln-Räumung im April?

Britischer Vorschlag einer freiwilligen Transaktion.

London, 4. Dezember. (M.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt unter Hinweis auf die erste Vereinbarung in Deutschland über die Gerichte, daß die britische Besetzung Kölns möglicherweise über den 10. Januar hinaus verlängert würde, sowie darauf, daß das nach deutscher Ansicht ein glatter Bruch, eine Verletzung der ersten Verpflichtung des Vertrages ist, den die Alliierten zu erfüllen haben. Dies würde zweifellos so sein, wenn am 10. Januar gefagt werden könne, daß Deutschland in wesentlichen alle seine Verpflichtungen bezüglich der Reparationen und der Entwaffnung erfüllt habe, aber bevor der Bericht der Militärkontrollkommission vorliegt, sei es unmöglich, zu sagen, daß Deutschland wirklich die Zurückstellung der Kölner Zone beanspruchen könne oder nicht. Aber angenommen, Deutschland könne sich sowohl bezüglich der Reparationen als auch der Entwaffnung rechtfertigen, so würden immer noch Gründe für ein besonderes freiwilliges Protokoll außerhalb des Vertrages vorhanden sein, durch die Deutschland die endgültige Räumung des Ruhrgebietes im April statt im August erhalten könnte zum Austausch gegen seine Zustimmung zu einer Verlängerung der britischen Besetzung Kölns für weitere drei oder vier Monate. Der Berichterstatter erklärt, eine derartige Transaktion solle von den Deutschen begrüßt werden, und da diese außerhalb des Vertrages stehe, würde sie nicht die Vertragsrechte mit Bezug auf die darauf folgende Räumung der zweiten und dritten Zone präjudizieren.

Frankreichs Entwicklung zum Volksheer.

Rolle's Militärrreform nach Jaurès' Entwürfen.

Paris, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Militärkommission der Kammer hat am Mittwoch Kriegsminister Rolle zu der in Aussicht genommenen Neugestaltung der französischen Armee erklärt, daß dieser Plan augenblicklich nach dem Bestehen einer eingehenden Prüfung der zuständigen technischen Stelle des Kriegsministeriums bilde und daß es unter diesen Umständen noch nicht möglich sei, einen bestimmten Zeitpunkt für die Einführung des angekündigten Entwurfes festzusetzen. Vorzusehen sei u. a. eine weitere Herabsetzung der aktiven Dienstzeit, die durch die völlige Neugestaltung der Reserve und deren Auflösung von der aktiven Armee ermöglicht werden solle. Die aktive Armee solle künftig lediglich der Ausbildung und dem Grenzschutz dienen. Die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit bedinge allerdings, daß das System der Einziehung der Reservisten zu regelmäßigen Übungen aufrechterhalten werde, wie dies bereits in den Reformvorschlügen von Jaurès vorgesehen sei.

Victor Basch für Rathusius.

Und gegen die Kriegsgerichte überhaupt.

Paris, 3. Dezember. In einem Leitartikel der „Ere Nouvelle“ macht Professor Victor Basch gegen die Institution der Kriegsgerichte Front und schreibt u. a.:

General v. Rathusius sei begnadigt worden, es müsse ihm nun auch Gerechtigkeit widerfahren. Man könne sich fragen, ob es um der Ehre Frankreichs und um der Veruhigung der deutschen Nationalisten willen nicht besser gewesen wäre, General v. Rathusius vor einem neuen Kriegsgericht erscheinen und durch eine glänzende Freisprechung rehabilitiert zu sehen. Dieses Verfahren hätte allerdings bei dem üblichen Rechtsgang Monate erfordert, und andererseits sei es keineswegs gewiß, daß

die vielfach sehr zahlungsfähigen Anstifter und Hintermänner, einschließend der Parteiorganisationen und Zeitungsunternehmungen, zu erkennen.

Im Krieg haben viele Hunderttausende freiwillig — gleichviel, ob aus idealen oder materiellen Gründen — ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Aber nur ganz vereinzelt wurden die Gehälter, die es unterlassen haben, eine gebotene Gewinn- oder Höherpreismöglichkeit rücksichtslos auszunutzen! Die Sorge um Leben (und Freiheit) ist also viel geringer als die um Vermögensvorteile. Jene wird verdrängt durch das Bild des Helden- und Märtyrertums, das bei dieser ganz zurücktritt.

Hätte man bei dem Rapp-Busch, dem Hiltner-Aventurer, den Aufständen in Mitteldeutschland und Hamburg die Zentralstellen und ihre Einbläser rücksichtslos gefaßt, die Vermögen beschlagnahmt, die Zeitungsdruckereien unter den Hammer gebracht — wieviel Schaden wäre ausgeglichen, vor allem: wieviel weitere gewissenlose Unternehmungen wären verhindert worden! Denn man darf sich darauf verlassen: das Mittel wirkt! Die großen Grundbesitzer und Schwerindustriellen, die reichen Herren, die mit dem roten Terror kollektieren, die Zeitungen, die gewissenlos Hochverrat und Mord verüben: sie alle werden mäuschenfoll und sehr zahm werden, wenn sie nicht nur den Verlust einiger tausend in das Geschäft gesteckter Goldmark, sondern den des ganzen Vermögens, der ganzen Existenz riskieren müssen.

Durch rechtzeitige Anwendung dieses Mittels wäre wohl viel Unglück und Verbrechen verhütet worden. Man kann das Übrige noch nachholen. Nichts von jenen Dingen ist verjährt.

Man lasse sich nicht durch die Furcht vor dem Wespennest der Reaktion oder dem Wurm der Denunziation abschrecken. Es handelt sich darum, durch Erfassen der wirklich Schuldigen, der im Warmen sitzenden feigen Verleider, viele arme Teufel, darunter eine ganze Reihe ehrlicher Schwärmer vor Unglück zu bewahren, zugleich den demokratischen Staat vor leichtfertigen Erschütterungen, friedliche Staatsbürger vor all den Gefahren der gewalttätigen Unternehmungen zu schützen. Nicht um Rache, sondern um Verhängung! Nach wiederhergestellter Ruhe ist großmütige Verzeihung am Platze. Solange aber Gefahr besteht, gilt es rücksichtslos durchzugreifen, am schärfsten gegen die Freigänger, die mit Freiheit und Leben anderer ein freies Spiel treiben. Und wie schön, wenn ohne Standrecht und Zuchthaus, nur durch das friedliche Walten des Gerichtsvollziehers das Recht seinen Weg findet, ohne unersehbare Menschenwerte zu vernichten!

Dem Hochverräter Heil!

Freude herrscht in Troja's Hallen . . . !

München, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der bisherige rätische Landtagsabgeordnete und frühere Münchener Polizeipräsident und Hiltner-Buchhändler Pöchner hat, wie wir schon kurz meldden, seinen Austritt aus der Landtagsfraktion des völkischen Blocks der Zeitung der Partei mit einem Schreiben bekanntgegeben, in dem er es ablehnt, sich der sogenannten Reichsführerschaft Ludendorff-Gräfe-Strasser zu unterstellen, weil an ihren politischen Führerqualitäten Zweifel zu hegen kein Wörtchen heißt es dann:

„Ich habe das Finanz- und Wirtschaftsprogramm, wie es namentlich von dem zweiten Vorsitzenden Feder der Reichstagsfraktion der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vertreten wird, in der Hauptsache für utopisch und geeignet, Hoffnungen zu erwecken und Versprechungen aufzustellen, die man niemals wird einlösen können. Es werden Anschauungen vertreten, die in ihren Konsequenzen letzten Endes zu einer Art National-Markismus führen können und die ich daher wie jede Spielart von Marxismus ablehnen muß.“

Aus der Mitte der Landtagsfraktion ist schon vor Monaten eine klare Stellungnahme der Fraktionsleitung, der Landesleitung und der Reichsführerschaft zur Frage der Staatsform verlangt worden. Diese Frage ist — jedenfalls für Bayern — nicht von

nachgeordneter Bedeutung und nicht einer Zufallslösung vorzuziehen. Sie ist vielmehr grundlegend dafür, ob man in Bayern auf dem Boden der Rechtsmässigkeit, die ja von den Sozialisten durch die Revolution geschaffen worden ist, verharren und damit die Republik Weimarer und Bamberger Prägung konsolidieren will, oder ob man entflohen ist, auf den Boden der Rechtsmässigkeit zurückzutreten und von diesem Fundament aus wieder zu geordneten Zuständen zu kommen. Es gibt viele Leute, welche an dem sechs-jährigen Sumpf der Korruption genug haben. Die Fraktionsleitung, Landesleitung und Reichsführerschaft sind bisher dieser Frage ausgewichen. Ich halte dies auf die Dauer für untragbar, da in einem politischen Akt doch darüber Klarheit bestehen muß, ob man es mit Monarchisten oder mit Republikanern zu tun hat.“

Abschließend erklärt Pöchner, daß die eigentliche Ursache seines Austritts aus der völkischen Fraktion der Wille sei, der stärksten nationalen Partei zum Siege zu verhelfen.

Daß Maurenbrecher, der Alldeutschenfraktion gegen seine eigene Partei vertritt, hat den Hals und Helmschirm gegen sie bereitet. Sie haben über Parteischädigung geklagt und den Ausschluß des Abtrünnigen veranlaßt.

Nun aber kommt der Pöchner aus München, der begeisterte Hochverräter, erklärt seinen Abschied von den Völkischen, seinen Anschluß an die Alldeutschen und fordert zur Wahl von Mampfen auf! Selbstverständlich jubelt die alldeutsche Presse: „Sprengung der Nationalsozialistischen Partei!“

Wir beglückwünschen von Herzen die Fraktion der Mampfen zu diesem Gewinn! Die Aufnahme des Pöchner in ihre Reihen zeichnet endlich das Parteionkriterium richtig aus. Bisher haben die Alldeutschen sich darauf beschränkt, die Pöchneristen nur indirekt zu unterstützen und öffentlich jede Gemeinschaft mit ihnen abzulehnen. Mit der Aufnahme Pöchners in ihre Reihen sprechen sie ausdrücklich ihre Billigung für den Hochverrat und dengewalttätigen Umsturz aus.

Es war der Reichspräsident und Oberlandesgerichtsrat Pöchner, der im Hiltner-Prozess sich rühmte, daß er den Hochverrat seit fünf Jahren zu jeder Stunde vorbereitet habe und daß er das auch in Zukunft tun werde. Der selbe Pöchner erklärt in seinem neuesten Aufruf, daß er sich von Ludendorff nur trenne, weil er das Bekenntnis zur Monarchie als das wichtigste ansehe.

Die Alldeutschen bekennen sich durch Aufnahme Pöchners zum Hochverrat. Sie gestehen damit jetzt öffentlich, was sie bisher nur heimlich unterstützten.

Die Alldeutschen wollen in Deutschland Regierung spielen. Kann man Hochverräter die Regierung der Republik anvertrauen?

Pöchner hat noch gefehlt, um das Bild der alldeutschen Reichsfeinde zu vervollständigen. Der Partei des Hochverraters Pöchner nebühren nicht Ministerliche, sondern die Niederlage, die sie am 7. Dezember verbuchen wird!

Strefemanns Flaggenspruch.

Spotten ihrer selbst . . .

In der „Nationalliberalen Correspondenz“, dem amtlichen Presseblatt der Strefemann-Partei, findet sich dieser „Flaggenspruch“:

Jede Flagge ist gut!
Jede Flagge ist recht!
Nur der Flaggenwechsel,
Der ist schlecht!

Was ist die Flagge Schwarz-Rot-Gold gut und recht! Aber gerade deshalb wollen Strefemann und die Seinen den Flaggenwechsel, der nach ihrem eigenen Zeugnis das einzig Schlechte ist!

Die Volkspartei will demnach das Schlechte, den Wechsel der Reichsflaggen!

Wer aber das Gute und Rechte will, muß — nach dem Flaggenspruch Strefemanns — Schwarz-Rot-Gold wählen!

Was geht bei den Kommunisten vor?

Der Müller-Brief.

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten wir einen Brief, der uns von einem „Arbeiter Max Müller, Lüdstraße 65“ zugegangen war. Die „Rote Fahne“ brachte darauf die Mitteilung, daß dieser Brief gefälscht sei und daß es in der Lüdstraße 65 gar keinen Arbeiter Max Müller gebe, wie sie sich selbst überzeugt habe. Und nun herrsche, so behauptete das Blatt weiter, unter den Bewohnern des Hauses Lüdstraße 65 große Enttäuschung darüber, daß der „Vorwärts“ mit einem Arbeiterkammer-Mißbrauch getrieben habe. Wir gestehen heute ein, daß wir einer Fälschung zum Opfer gefallen sind; in der Lüdstraße 65 gibt es tatsächlich keinen Arbeiter Max Müller.

In einigen kommunistischen und auch sozialdemokratischen Versammlungen der jüngsten Zeit trat ein Arbeiter Max Müller auf, der schwere Anklagen gegen die Leitung der kommunistischen Partei erhob. Er gehörte offenbar bis vor kurzem zu den gutunterrichteten Kreisen der Partei und seine Ausführungen waren der Parteileitung außerordentlich unangenehm. Man beschloß daher, den Mann unmöglich zu machen und zugleich aus der Angelegenheit eine Wahiparole zu fabrizieren. Darum wurde der falsche Müller-Brief an uns abgesandt. Wir hatten keinen Grund, daran zu zweifeln, daß der Absender mit jenem Müller identisch war, den wir aus den Versammlungen kannten.

Offenbar handelt es sich dabei um eine Teilaktion in jenem System von Intrigen, von dem die ganze kommunistische Partei durch und durch vergiftet ist. Wir glauben daher, daß dieser Müller-Brief in der KPD weitere Wellen ziehen und zur Zerfetzung der Partei das seine beitragen wird. Für die Art, wie man sich innerhalb der KPD gegenständig befehligt und verheimlicht und mit welchen Mitteln man gegeneinander arbeitet, ist dieser Fall nur ein Beispiel!

Selbsterkenntnis.

In ihrer Freude, daß es ihr durch eine Fälschung gelungen ist, den Nachweis zu bringen, daß ein gewisser Max Müller aus der KPD nicht ausgestiegen ist, der freilich überhaupt nicht existiert, veröffentlicht die „Rote Fahne“ heute früh unbedenken einen Brief, der offenbar bestimmt war, das Blatt zu kennzeichnen. Der Brief ist scheinbar gegen den „Vorwärts“ gerichtet. Am Schluß heißt es:

„Ich wäre Euch sehr dankbar, wenn Ihr diese neue Feststellung einer gemeinen Wahlfälschung bald in der „R. F.“ bringt, damit ich meinen Bekannten, die dieses Mißblatt noch lesen, daselbe zeigen kann.“

Dieser Kennzeichnung, die die „R. F.“ über sich selbst veröffentlicht, haben wir kein Wort hinzuzufügen.

Womit man gesündigt hat . . .

Wer ist national?

Herr Schlang-Schönigen, deutschnational, mußte sich in einer Wahlversammlung in Stettin gegen den Führer der Völkischen verteidigen, der ihm vorwarf, er sei nicht national. Herr Schlang verteidigte sich mit folgenden Worten:

„Sie sagen, wir Deutschnationalen hätten kein Recht, uns national zu nennen. Wissen Sie, daß Sie mit diesem Ausdruck hunderttausende ehrlicher deutscher Männer beschimpfen, die mindestens ebenso viele Verdienste um ihr Vaterland haben wie Sie, und daß Sie damit zugleich Missionen von deutschen Soldaten beschimpfen, die sich für das Vaterland ihre Knochen haben zerbrechen lassen?“

Herr Schlang und seine deutschnationalen Freunde sind stündlich bereit, Millionen von deutschen Soldaten zu beschimpfen, die sich für das Vaterland ihre Knochen haben zerbrechen lassen. Seine Partei hat diese schimpfliche Heße gegen alle Andersdenkenden entlassen. Jetzt muß er sich selbst gegen die schändliche Beschimpfung verteidigen, die seine Partei der großen Mehrheit des Volkes zugefügt hat — mit denselben Argumenten, die seiner Partei entgegengehalten wurden.

Über die Deutschnationalen sind unbefehrbare. Es fällt ihnen nicht ein, die Folgerungen zu ziehen.

Prostitution.

Von Wilhelm Berger.

Eben gehe ich über die Chausseestrasse. In Pelze gehüllt, huschen Damen und Herren an mir vorbei. Es ist kalt, der Wind pfeift, der Herbst läßt sich fühlen. An einer Strohknecht steht ein Straßenmädchen. Es friert, der Körper zittert, aber es hält aus auf seinem Posten. Als ich vorbeikomme, spricht es mich an: „Liebling, komm doch mit!“

Ich antwortete kurz: „Nein“. Ich hasse Menschen, die sich feilbieten. Aber das Mädchen läßt nicht ab. Ich möchte ihm dann wenigstens ein Essen spendieren, es habe fürchterlichen Hunger. Ich mache unwillkürlich halt, Mitleid ergreift mich, dann führe ich es in ein Speisestübchen.

Als Journalist interessiert mich die Frau. Ich frage sie nach ihrem Schicksal, warum ufm. Sie antwortet ungezwungen: „Stehst du, Schatz, ich war schon früh aufgeweckt, ich sah die anderen, die trugen keine Ringe und Pelze, tranken Wein, ohne à la carte, fuhren Auto und waren immer dick und fett, und da — ob du mich verlesen wirst — wollte ich es auch so haben. Es war doch nichts weiter als gerecht! Ich fand bald einen reichen „Freund“, er kaufte mir alles, was ich brauchte. Schließlich ließ er mich im Stich, ich wollte aber das bisherige Leben fortsetzen, suchte mir einen anderen, der ging später auch von mir und so fort, was soll ich noch viel erzählen.“

Soweit das Straßenmädchen. Seit ihrer Schilderung finde ich mich nicht mehr mit dem Begriff Prostitution zurecht. Warum heißt man sie „Prostituierte“ und warum tragen alle die vielen Menschen, die täglich ihre Gesinnung und auch oft genug ihren Körper verkaufen, ihren alten, ehrenwerten Namen? Täglich finde ich auf dem Markte des Lebens ein Schachern mit Gesinnungen statt, besonders auf dem Markte der Politik; man kauft und verkauft, verleiht, was man bislang vertrat, trempelt sich um, ändert Meinungen, Ansichten, Handlungen, der eine heiratet in ein Gut, eine Wohnung hinein, die eine zieht einen Doktor, einen Direktor dem, der sie liebt und den sie liebt, vor — und alles um Geld.

Was liegt heute ein Ideal? Soweit es nicht realisierbar ist und in materielle Werte umgewandelt werden kann, gar nichts! Der Kommmerzialisismus beherrscht den Tag, drückt der Zeit seinen Stempel auf. Heute ist alles relativ im weitesten Sinne des Wortes. Keuchend heißt man es wohl noch immer Christentum. Liebt, Morat, innerlich gesehen, dreht sich alles um — Geld. Das Christentum der Deutschnationalen, der Patriotismus der Schwerindustriellen . . .

Eine persönliche Erinnerung drängt sich mir auf. Einmal redeten sich auch mir alle Hände entgegen. Man bot mir alles, Saffian und Geld, man verlangte von mir nur „Bernstein“. Ich

lehnte ab, mich zu prostituieren, die Folge waren gesellschaftlicher und materieller Boykott, Hunger und Not. Seit Jahren suche ich nach als Zeitungsschreiber durch die Welt zu schlagen, ein Beruf, der im kapitalistischen Sinne kein Beruf ist, ein Dahnvogetieren, eine Gymnastik des Entbehrens.

Ich habe ein dieses Buch geschrieben. Wer kauft heutzutage Bücher? Wer hat heute Zeit zum Grübeln, wo die Zeit zum Handeln nicht ausreicht! Time ist noch immer money. Warum bin ich zu unintelligent für den Kaufmannsberuf, wo ich doch sonst so intelligent bin? . . . Wie lange werde ich noch erfolgreich gegen meine Prostitution kämpfen? . . .

Ich hasse solche Menschen, die sich öffentlich feilbieten, aber jenes Straßenmädchen vermag ich nicht mehr als andere auch zu hassen.

Courtesane im Renaissance-Theater. Von der Aufhebung des Amos-patriotischen Verbots, französische Autoren aufzuführen, können zehntausend deutsche Theater leben, die das sogenannte leichte Genre zu pflegen gewöhnen und von ihrem Schicksal bestimmt sind. Mit dem dem Recht, das diese Gesinnung und diese Bestimmung dem Renaissance-Theater verleihen, führt es jetzt zwei Stücke des allbewährten Courtesane auf: das schon lange bekannte und oft gepfeifte „Boulevard“ und das „Sittlichkeitsvergehen“. Man kennt die trauische Geschichte des betrauten Mannes, der seiner Nebenbuhlerin im Kleiderschrank entdeckt und so nutzlos summt ist, daß er den Mann abreißt, der ihn auf den Betrug der Frau aufmerksam gemacht hat. Man kennt auch die wichtige Verwicklung des Geistes im „Sittlichkeitsvergehen“. 13 000 Menschen haben die tolle Rückseite eines Mannes gesehen. Er wird verurteilt, obwohl er weils er im Recht ist. Und obwohl man diese kleinen Szenen schon lange kennt, wundert man sich doch immer wieder über die schwebende Verwickeltheit, das schlendernde Handgelenk des Sittlichkeitsvergehens, der so vorzüglich zu amüsieren versteht, daß hinter dem trübseligen Genre die tragische Maske, das Mitleid hinter dem Spott und neben dem Gefächler die Träne steht.

Jacob Tiedtke spielte die beiden Hauptrollen. Er hatte den tänzerischen Schritt des Alltäglichen Junggesellen, die Eleganz einer künstlich verärgerten Jugend, die erstaunliche Stupidität als Betrüger und die grösste Schlaubeit als Liebertreter des Geistes, er war kein Berliner mehr, ein Pariser mit der ganzen traurigen Komik eines französischen Escobardings aus den neunziger Jahren. Im ersten Stück spielte Roma Bahn das falsche Verhältnismädchen. Ihr persönlicher Reiz reicht aus, um schauspielerische Gezwungenheiten, die hier und da bemerkbar sind, vergessen zu machen. th.

Ein niederländisches Arbeiterlängerefest. Vom Deutschen Arbeiterlängerefest, Gau Hannover, geht uns folgende Anregung zu, die wir den interessierten Kreisen hiermit zur Diskussion stellen.

Mit dem Hinweis auf verschiedene Erörterungen, die schon in privatem Kreise gepflogen sind und jetzt in einer Sitzung des Sängerkreisels Hannover-Verden vom Sangesbruder Kreimeyer offiziell aufgegriffen wurden, sollen wir dieses Thema hiermit publizistisch auf

und stellen diese Ausführungen zur Debatte. Wir rechnen damit, daß unsere Sangesbrüder im Reiche hierzu Stellung nehmen. Gedacht ist ein niederländisches Arbeiterlängerefest im Jahre 1926 oder 1927 in Hannover zu veranstalten. Bis jetzt haben sich die Gauen auf Sängerefeste beschränkt, die, sollen sie als Vorbilder dienen, auch geistlich auszustatten sind und der Räumlichkeit halber nun wohl meistens in Großstädten abgehalten werden müssen. Wir haben stets — und mit uns ein großer Teil der Sangesbrüder im Reiche — die Auffassung vertreten, aus Sängerefesten mehr Gesangsstücke zu schaffen, wie es schon seit Jahren in Süddeutschland geschieht, wo man sich von allem Kleinlichen und Nebenwichtigen freigemacht hat. Aus jeder Veranstaltung müssen wir eine künstlerische Anregung schöpfen, was in noch weit größerem Maße geschehen kann, wenn das Fest nicht nur auf den Gau beschränkt bleibt. Der Gauverband wird sich nächst dem Bundesverband mit allen Nachbargruppen, wie Berlin, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Braunschweig, Kassel, Rheinland usw., in Verbindung setzen und diese für das Fest zu gewinnen suchen. Nur dann wird es möglich sein, alles Schematische auszusparen und wirklich, da ganz neue Kombinationsmöglichkeiten geboten werden, etwas Großartiges zu schaffen. Zu den wichtigen Maßnahmen gehört die Einrichtung von Spar- und Reisetassen, um den Besuch des geplanten Festes jedem Sänger und jeder Sängerin auch ermöglicht zu können.

Die hannoversche Sängerschaft wird im Frühjahr 1925 auf dem Gantage in Göttingen zu dem Projekt Stellung nehmen. Vielleicht ist der Gauverband dann schon in der Lage, bestimmte Auskünfte geben zu können, wie die Sängerschaft im Reiche diese Anregung angenommen hat. Wir verstehen uns auch nicht auf das Jahr 1926, hat man Befürchtungen, kann man den Zeitraum der Vorbereitung auch weiter setzen.

Franz Werfel sendet uns folgende Zeilen: „Im Morgenblatt des „Vorwärts“ vom 11. November lese ich in einer Rezension über die Vorlesung meiner dramatischen Dichtung „Suarez und Maximilian“ die Meinung ausgesprochen, daß ich der Helden der Revolution (Suarez) ins Unrecht setze, um den Helden des monarchischen Legitimus (Maximilian) zu verklären. Das ist ein schweres Mißverständnis. Ich bin radikalster Republikaner und war es schon, wie man weiß, zu einer Zeit, wo das offene Bekenntnis Hochverrat hieß. Mein Drama „Suarez“ ist Kampf und Triumph jener historischen Logik, deren Form „Republik“ heißt ebenso wie es tragischer Unterang des anderen Prinzips ist. Daß aber Ihr Berichterstatter mich so sehr mißverstehen konnte, macht mich stolz. Es beweist mir, daß ich ein wirkliches Geseß tragischer Kunst erfüllt habe, Gerechtigkeit.“

Vollstühne. Die einzige Aufführung von Schillers „Don Carlos“ im Monat Dezember findet im Theater am Völkersplatz am Sonntag, den 7., abends 7 Uhr, statt. König Philipp: Heinrich George.

Humboldt-Schule. Studienrat Schubert hält am 6. Dezember, abends 6 Uhr, in der Aula Georgenstraße 30/31, einen Vortragsabend über seine Vortragsreihe „Mit der Humboldt-Schule durch Schwaben zum Bodensee“.

Das Fest der Novembergruppe findet am kommenden Sonnabend, den 6., ab 7 1/2 Uhr in den Besamträumen der Philharmonie statt.

Danken Sie ab, Herr Käufer!

Potsdam blamiert sich.

Der Vorsitzende der vereinigten Vaterländischen in Potsdam, General Dommes, teilt uns mit, daß er seinen Brief an Oberbürgermeister Käufer ohne dessen Wissen veröffentlicht habe. Auch die Bekanntgabe des Mißbilligungsschreibens des preussischen Innenministers an Käufer sei „offenbar“ ohne seine Zustimmung erfolgt.

Wir nehmen das staunend zur Kenntnis.

Herr Käufer hatte die unüberlegte Ungezogenheit begangen, unter Umgehung des rechtmäßigen Instanzenwegs Reichsstellen mit seinen Angelegenheiten zu beschäftigen, denen nichts anderes übrig blieb, als die kuriosen Stripis zu den Akten zu legen. Der preussische Innenminister sah sich genötigt, Herrn Käufer seine Mißbilligung auszusprechen, um die Reichsbehörden in Zukunft vor ähnlichen Beschäftigungen zu bewahren. Das persönliche Dienstschreiben an Herrn Käufer erscheint darauf in der Presse. Zugleich wird ein persönliches Schreiben des Generals Dommes an Herrn Käufer veröffentlicht, in dem der klassische Satz zu lesen war: „Unsilbige Mißbilligung von sozialdemokratischer Seite kann Sie, Herr Oberbürgermeister, nur ehren.“ Dazu bemerkte der „Vorwärts“: „Es wird Zeit, den Potsdamer Schuldürgern zu zeigen, daß auch in der Republik die Hacken Zinken haben!“ Und darauf schreibt uns General Dommes mit der Bitte um Nichtveröffentlichung: „Oberbürgermeister Käufer habe von alledem nichts gewußt!“

Wir wollen zugunsten des Herrn Käufer annehmen, daß auch dieses Schreiben ohne sein Wissen in die Welt gesetzt wurde, da man andernfalls genötigt wäre, gewisse peinliche Betrachtungen anzustellen. Wenn es sich aber so verhält, dann steht man par der nicht viel weniger peinlichen Tatsache, daß Herr Käufer nicht nur selbst nicht immer seine Pflichten als Verwaltungsoberhaupt richtig abzuwägen weiß, sondern daß auch über seinen Kopf hinweg amtliche Dokumente und an ihn persönlich gerichtete Briefe publiziert werden.

Seltene Zustände in der Kommune Potsdam! Der preussische Minister des Innern wird es sich überlegen müssen, ob er ein derartiges Reddelmüßel dulden darf, damit es in der deutschnationalen Presse nicht etwa eines Tages heißt: das System Severing ist schuld daran!

Unsere Justiz.

„Viel von ihrer Bedeutung verloren.“

Gestern hatte sich die Strafkammer in Moabit in der Berufung mit zwei Verteidigungsprozessen zu beschäftigen, die Minister Severing gegen den Schriftleiter des „Deutschen Tageblattes“, Hans Steller, und den Leiter des nationalsozialistischen Pressebüros, Major a. D. Weberstädt, angestrengt hatte. Die beiden Klagen hatten bereits das Schöffengericht beschäftigt, das die Angeklagten zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt hatte. Im ersten Falle handelt es sich darum, daß im „Deutschen Tageblatt“ ein Artikel erschienen war, in dem Minister Severing vorgeworfen wurde, daß er in den Zeiten des Ruhrkampfes gegen Reichskanzler Cuno ein Ermittlungsverfahren eingeleitet habe. Am Schlusse dieser Ausführungen hieß es, daß Minister Severing, wenn er auf diese Art und Weise sich dem Ruhrkampf entgegenstelle, geradezu Hochverrat begehe. In der gestrigen Verhandlung verwarf die Strafkammer die von der Staatsanwaltschaft gegen das erste Urteil eingelegte Revision und stellte sich auf den Standpunkt des Verteidigers, R. A. Dr. Saß, der darlegte, daß Worte wie Hoch- oder Landesverrat heute geradezu in den „Hausgebrauch“ der Parlamente übergegangen seien und viel von ihrer Bedeutung verloren hätten, da heute im politischen Kampf jeder dem anderen bei den unpassendsten Gelegenheiten Hoch- oder Landesverrat normiere. Das Gericht erkannte, daß die von der ersten Instanz gefällte Strafe von 100 M. ausreichend sei.

In der zweiten Verhandlung gegen Major a. D. Weberstädt kam es zu teilweise sehr erregten Szenen. Weberstädt hatte einen ihm vom Abgeordneten Wulle zugegangenen Artikel im „Deutschen Tageblatt“ veröffentlicht, der unter der Überschrift „Wie Severing für seine Beamten sorgt“ in sehr scharfer Form gegen den Minister polemisierte, weil dieser während des Ruhrkampfes angeblich Polizeibeamte ins Ruhrrevier entsandt habe, obwohl ihm bekannt gewesen sei, daß entsprechend einer Verfügung des Generals Degoutte die Beamten, die das besetzte Gebiet betreten, zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Zu der Verhandlung war Ministerialdirektor Dr. Abegg als Zeuge erschienen, der erklärte, daß der Minister über alle Anordnungen, die seitens der Polizei bei der Entsendung der Polizeibeamten ins Ruhrrevier getroffen worden waren, ins Bild gesetzt worden sei, daß er, der Zeuge jedoch die Verantwortung dafür in vollem Umfang trage. Als der Verteidiger, R. A. Dr. Saß, dann an den Zeugen eine Anzahl Fragen richtete, die darauf hinausliefen, ob es dem Minister bekannt gewesen sei, daß die mit falscher Pässe ausgerüsteten Polizeibeamten sich der Spionage verdächtig gemacht und daß die nach Gelsenkirchen entsandten Polizeibeamten sich später geweigert hätten, auf Grund falscher Ausweise die Grenze zu überschreiten, erklärte der Zeuge, daß er sich über diese Dinge nicht näher informiert habe, weil er nicht geglaubt habe, daß man in diesem Prozeß Wert auf sie legen werde. Es kam nach dieser Erklärung zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Zeugen und dem Verteidiger, der erklärte, daß er auf diese Bekundung Dr. Abeggs hin es ablehnen müsse, weitere Ermittlungsfragen zu stellen und den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Horstmann bat, ohne die Hilfe der Verteidigung die notwendigen Feststellungen zu machen. Dr. Saß lehnte auch schließlich ein Plädoyer infolge der Haltung Dr. Abeggs ab. Das Gericht kam auch in diesem Falle zu der Ansicht, daß die von der ersten Instanz ausgesprochene Strafe von 100 M. wegen Verleitung des Ministers Severing ausreichend sei.

Die Entscheidungen der Strafkammer bedeuten geradezu eine Ermunterung der schwarzweißen Presse, in ihrer unqualifizierbaren Lügen- und Verleumdungsbege gegen die Minister und Repräsentanten der Republik fortzufahren. Da kann man nur die Worte der Strafkammer auf unsere Justiz anwenden: „Sie hat nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher.“

Reparationsagent und Exportabgabe.

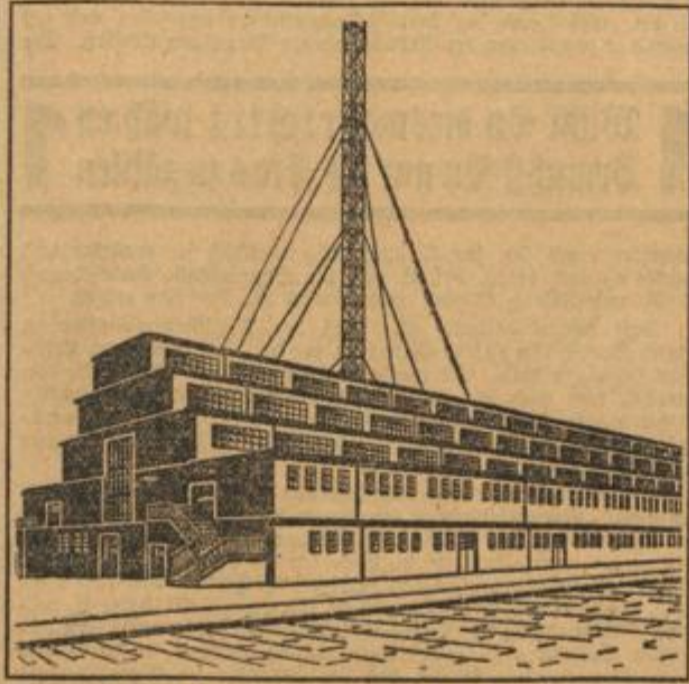
Pariser Gilbert verlangt Kontrolle über die eingesammelten Gelder.

London, 4. Dezember. (W.T.B.) Der Reparationsagent für Reparationen, Pariser Gilbert, erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“, es sei nicht seine Sache, ob die Engländer und Franzosen die 20prozentige Abgabe einlegen oder nicht. Er fuhr fort: „Was ich jedoch weiß, ist, daß das so eingesammelte Geld unter unserer Kontrolle stehen muß. Jetzt wird das Geld an das britische Schatzamt gezahlt, während es nach meiner Ansicht in das Konto auf unsere Namen in die Bank von England gezahlt werden müßte. Es würde dann unsere Sache sein, es zu transferieren.“

Funkhaus und Funkausstellung.

An der Peripherie Charlottenburgs, am Bahnhof Wילהen, im werdenden Ausstellungs- und Messegebiet der Stadt Berlin, grüßt jetzt ein neues, eigenartig gestuftes Haus von mächtigen Abmessungen — überragt von einem eifernen Gittermast, der der Vorkäuser des eigentlichen 135 Meter hohen Funkturms sein soll. Es ist das Haus der Funkindustrie, das heute mit einer ersten großen Berliner Funkausstellung eröffnet wurde. Da die Verwendung großer Eisenmassen, um den funktionstheoretischen Anforderungen zu genügen, möglichst vermieden werden sollte, ist das Haus fast ganz aus Holz gebaut.

Die Halle, die im ganzen 130 Meter lang ist, steigt in fünf Etagen in starker Verkürzung an. Indem man die Seiten der Stützwerke fast ganz als Oberlicht gestaltete, hat man dem Tageslicht in erheblichem Umfang Eingang in die Halle verschafft, so daß am Tage kaum künstliche Beleuchtung notwendig ist. Wer in die imposante Halle tritt, ahnt kaum, daß es sich hier um eine Holzkonstruktion handelt, die an Stabilität der Führung und Schönheit des Eindrucks nicht zu überbieten ist. Durch die Gliederung der Halle die diese Holzkonstruktion mit sich bringt, hat man gleichzeitig eine intime Wirkung erreicht, die durch die mozigelte Färbung



Haus der Funkindustrie mit Funkturm.

Republik oder Reaktion?

In einer außerordentlich stark besuchten Wählerversammlung im Viktorienpark zu Wilmersdorf sprach Genosse Seeger über die Bedeutung des 7. Dezember für die zukünftige Außenpolitik. Der Wahltag bedeute für die Innenpolitik die Entscheidung, ob Republik oder Reaktion, für die Außenpolitik die Entscheidung, ob Verständigung oder Völkerverhöhnung. Die Rechte habe durch ihr Verhalten es ermöglicht, in diesen Fragen überhaupt mitreden zu dürfen. Als der Verfasser des Vertrages zur Debatte stand, seien die Deutschnationalen, die nicht kräftig genug die Ablehnung befürworteten konnten, aufgefordert worden, die Verantwortung für diese Ablehnung zu übernehmen. Sie haben es abgelehnt. Schon damals war es der Sozialdemokratischen Partei klar, daß nur durch die Arrais der Erfüllung der Weimarer Unerfüllbarkeit des Verfallens Vertrags erbracht werden könne. Auch in den Völkerverhöhnungen wir hinein, wenn der Völkerverbund auch durchaus nicht dem Ideal entspricht, das wir von ihm haben. Aber, damit wir den Völkerverbund so gestalten können, wie wir ihn wünschen, müssen wir Mitglied des Völkerverbundes werden. Diesen Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, folgte eine Ansprache des Genossen Bauer aus Wien, der wiederholt darauf hinwies, daß am 7. Dezember nicht bloß die deutsche Arbeiterschaft ihr Schicksal entscheide, sondern daß die österreichischen, ja alle europäischen Arbeiter wissen, daß von der Entscheidung am 7. Dezember auch für ihre Zukunft viel abhängt. In Österreich, das bei einer Einwohnerzahl von 6 1/2 Millionen 550 000 organisierte Sozialdemokraten habe, werde das Erreichte erst dann gesichert und gesichert, wenn es auch in Deutschland gesichert sei. Genosse Fleischer, der nach dem Genossen Bauer das Wort ergriff, wies darauf hin, daß es um unsere Gegner sehr schlecht bestellt sein müsse, wenn sie zu einem so lägenhaften Wahlsiege gelangt, wie er diesmal geföhrt werde, ihre Zustände nehmen müßten. Der Kampf gehe gegen die Reaktion von rechts und links. Die Stabilität paßt diesen Parteien durchaus nicht, sie können nur im Chaos ihre Geschäfte machen. Es ist notwendig, daß die Reichsverfassung auch in künftiger Beziehung durchgeführt werde, daß die Bestimmungen über die Schute, über die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich verankert werden. Genosse Falkenberg appellierte nochmals an die Wähler, die ihr Ziel nur dann erreichen könnten, wenn sie ihre Stimme am 7. Dezember der Sozialdemokratischen Partei geben. Kein Gegner würde es gegenüber diesen Argumenten sich zur Diskussion zu machen. Auch diese Verhöhnung brachte der Partei den erwarteten Erfolg.

In den Hohenzollernfesten zu Charlottenburg gab es einen heiteren Zwischenfall. Genosse Stämpfer habe in seinem Referat die Geschichte von jenem Kommunisten erzählt, der am Abend des 20. Oktober in einer Versammlung großspurig prophezeite, der Reichstag würde nicht aufgelöst — und im selben Augenblick kam das Extrablatt des „Vorwärts“ mit der Nachricht von der Auflösung. Diese Geschichte vom kommunistischen Prophezenungsglück habe viel Heiterkeit hervorgerufen. Als Stämpfer nun seine fast zweistündigen Ausführungen beendet hatte, war Genosse Otto Bauer, Wien, der als zweiter Redner angekündigt war, noch nicht erschienen, und ein Kommunist kletterte aufs Podium, um darüber seine schadenfrohen Bemerkungen zu machen. Raum hatte er aber die Worte ausgesprochen, daß Otto Bauer nicht gekommen sei, da öffnete sich die Saaltür — Otto Bauer erschien. Die lustigste Witzartige Wirkung war durchgeföhnt, es gab einen Sturm an Beifall und Fröhlichkeit, und auf der Tribüne stand schon wieder einmal ein bezauberter Prophet. Bauers Abrechnung mit dem Kommunisten und einem deutschnationalen Diskussionsredner entfesselte neue Beifallsstürme. Der Vortrag der Internationalen durch einen Männerchor beschloß die Versammlung, die im ganzen geradezu festlich begeisterten Charakter getragen hatte.

Der Massenmörder von Haiger. Neue Einzelheiten.

Wie nunmehr festgestellt worden ist, hat Angerstein die grauenvolle Mordtat an seiner Familie und seinen Hausangehörigen lange Zeit planmäßig vorbereitet, um Verurteilungen, die er als Geschäftsführer der Kaffeeerde von der Zypen bezogen hatte, zu vermeiden. Seine krank im Bett liegende Frau habe er schon am Sonnabendabend, also 24 Stunden vor dem Bekanntwerden des Verbrechens, durch eine große

des Raumes verstärkt wird. Unter der Empore, die sich rings um die Halle zieht, sind sehr geschickt die Kojen angeordnet, die gerade bei der Funkausstellung erhebliche Bedeutung haben. Nach der Anfahrtsstraße zu sind dem Haus der Funkindustrie zu beiden Seiten der Eingangshalle auf der einen Seite die Restaurationsräume, auf der anderen der Vortragsaal angegliedert, der mit seinen mehr als 500 Plätzen und seiner besonderen technischen Anlage nicht nur auf der Funkausstellung eine große Rolle zu spielen berufen erscheint. Hinter der Halle erhebt sich das prächtige Gerüst des provisorischen Sendeturms, der mit seinen 85 Metern Höhe schon eine Vorstellung vom dem Eindruck des großen Turms erwecken kann, der in den nächsten Monaten in einer Höhe von 140 Metern hier errichtet wird.

Der erste Rundgang

Durch die Funkausstellung läßt sich noch manche Lücke feststellen. Der Antennenturm trägt eine mehrdrühtige gewaltige A-Menne, die für Empfangs- und Sendezwecke benutzt wird. Durch die Halle selbst sind in der Längsrichtung Tragseile gespannt, an denen die Antennen für die Empfangsstationen in den Kojen hängen. Die Kojen sind schalldicht, so daß in ihnen eine Vorführung möglich ist ohne Störung durch Lärm in der Halle. Außerdem haben zahlreiche Aussteller Rahmen- und Antennentennen aufgestellt. Als Erdung ist unter der Halle ein großes Kupfernetz eingebaut, an das die Randkanten angegeschlossen sind. Ueber der Eingangshalle des Hauses ruht ein gewaltiger Lautsprecher wie ein Antennenturm hinaus, dessen Angaben man wohlhin hören kann. Im Innern der Halle steht man zwei gleiche Lautsprecher von der Empore in den Saal vorgebracht, die dazu dienen, die Darbietungen des Berliner Senders zu übermitteln und Bekanntmachungen über Vorträge und sonstige wertvolle Dinge in die Halle ertönen zu lassen. Hinter beiden Leuchtern ist ein mächtiges Glasgehäuse. Darin befinden sich ein großer und ein kleiner Sender, die die Besucher der Ausstellung in voller Tätigkeit sehen können. Ferner liegt die Empore eine Reihe besonders interessanter Gegenstände, die über den Rahmen der Funkausstellung großer Industriefirmen hinausgehen. Die Reichspost bietet in einer Reihe von Kojen einen Rückblick auf die Entwicklung des Funkwesens von den ersten Versuchen an. In der Halle selbst fehlt keine der großen Firmen, die ihren Namen auf dem Gebiet des Funkwesens bekanntgemacht haben. Man sieht alles, von der kleinsten Kleinmischtaube bis zum kompliziertesten Apparat. Als Neuerung ist zu erwähnen, daß bei den großen Apparaten eine Suchkassette für die Sendestationen der ganzen Welt angebracht ist. Eine winzige Drehung des Knopfes, die Zeigerstellung auf Wien, Rom, London oder einer anderen Station bringt über Lautsprecher von Kilometern die gewöhnlichen Klänge.

Die feierliche Eröffnung der Rundfunkausstellung fand heute mittag in Gegenwart des Reichspräsidenten, verschiedener Reichs- und preussischer Staatsminister sowie Vertreter der Stadt Berlin und zahlreicher Angehöriger der Großindustrie statt. Die Einweihung des Hauses nahm Oberbürgermeister Böh vor, der in längerer Rede die Entstehung der heutigen Ausstellung

Anzahl von Messerfischen umgebracht und darauf seine im Nebenzimmer wohnende Schwelgermutter. Die Schwelgermutter Frau, die erst spät in der Nacht von einem Ausflug zurückgekehrt war, erfuhr er unmittelbar nach ihrer Ankunft hinterläßt mit einem Beil. Als am folgenden Morgen gegen 7 Uhr der verheiratete Buchhalter Dithardt und der 18 Jahre alte Bureauangestellte Horst Viel zur Arbeit im Bureau erschienen, rief Angerstein sie nacheinander in sein Zimmer, schloß dieses ab und schlug seine Opfer mit Beilheben zu Boden. Diese grauenvolle Mordtat wiederholte er dann im Laufe des Vormittags nacheinander in der gleichen abscheulichen Weise an dem Sohn des Kunstgärtners Darr-Niederstedt und einem Hilfsgärtner, die beide auf dem Annersteinischen Grundstück mit Gartenarbeiten beschäftigt waren. Die Leiche des Hausmädchens der Familie Annerstein wurde auf dem Boden in einer noch unangebauten Giebeldecke aufgefunden. Die Leiche waren vom Kumpfgarten entfernt. Es ist noch nicht festgestellt, ob der Mörder das Mädchen vorher schon auf ähnlich grausame Weise umgebracht hatte wie seine übrigen Opfer, oder ob es in dem rauch um sich greifenden Feuer ins Leben gekommen ist. Die bisher vermittelte zehnjährige Rechte Annersteins, die sich kurze Zeit in Haiger zu Besuch aufhielt, war, wie festgestellt ist, am Tage vor dem Verbrechen bereits in ihre Heimat zurückgefahren.

Die Verwundung Angersteins hat sich inzwischen als weniger schwer herausgestellt. Er wurde gestern abend unter polizeilichem Schutz nach Siegen abtransportiert, wo er vorläufig in das dortige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden ist. Angerstein hat die Tat nach langem hartnäckigem Beugnen erst unter der Wucht schwerwiegender Beweise eingestanden.

Schweres Bootsunglück auf der Ostsee. Bis her 9 Tote und 4 Vermißte.

In der Nacht zum Donnerstag übertrabte vor Sarkau an der Kurischen Nehrung ein böiger Nordweststurm acht Fischerboote auf See. Vier Boote konnten das Land glücklich erreichen, zwei Boote schlugen kurz vor der Küste um. Die aus sieben Mann bestehenden Besatzungen konnten nicht mehr gerettet werden. Ein anderes Boot konnte auf der Kurischen Nehrung in der Nähe von Rastten geborgen werden, jedoch nur mit zwei Mann der Besatzung, zwei andere Leute sind von der schweren See über Bord geföhrt worden. Ein Boot wird noch vermißt, nur die Segel dieses Bootes wurden an Land geföhrt. Vom Boot selbst und den vier Insassen ist bis heute keine Spur zu finden gewesen, so daß mit einer Gesamtzahl von dreizehn Toten gerechnet werden muß. Fast alle Ertrunkenen sind verheiratet.

Beginn des Haarmann-Prozesses.

Pünktlich zur angelegten Stunde hat heute vormittag vor dem Schwurgericht in Hannover ein Prozeß begonnen, wie ihn Deutschland so leicht nicht erlebt hat: der Haarmann-Prozeß. Angeklagt ist einmal der 42jährige Kleiderhändler Hans Haarmann, der beschuldigt ist, 27 junge Leute, daum erwachsene Knaben und junge Männer, an sich geföhrt und ermordet zu haben, und sodann sein viel jüngerer Freund, der erst 23 Jahre alte Hans Grans, in dem die Anklage den Aufsteiger in zwei Fällen und den hauptsächlichsten Ruchmischer der Mordverbrechen Haarmanns sieht. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Wilde, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagenschleffer und der Staatsanwalt Jäsching, der an der Verfassung der Anklageschrift hervorragenden Anteil hat. Den Angeklagten sind zwei Offiziersverleibiger beigegeben, Justizrat Wenig für Haarmann und Dr. Lohke für Grans. — In einem Nebenzimmer hat man das Bett aufgestellt, auf dem viele junge Menschen, im Schlaf, den Tod erlitten haben: ein trostloses, mackelloses ältliches Feldbett mit einigen schmutzigen Matratzen und einer Filzdecke. Auf einem Tisch liegt ein Haufen verschiedener Kleidungsstücke der Opfer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 Gedächtnisfeier: Berlin 6. u. 7. Dezember, 37/38, Hof 2 St.
 Kameradschaft Friedrichshagen. Heute abend 7 1/2 Uhr, Sozialklub 8 Rue:
 Germania, Braunsberger Allee, 8. Zug: Reichsbanner, Landsberger Str.
 Alle anderen Kameraden zur selben Zeit, Langenstraße 4

Gewerkschaftsbewegung

Die Löhne der Kämmererarbeiten.

Der Magistrat stimmt zu.

Wie wir vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schon erfahren, hat der Magistrat dem Schiedsgericht für die Kämmererarbeiten, den wir ausführlich in der Sonntagsausgabe besprochen, zugestimmt. Die neuen Löhnsätze treten somit ab 23. November in Kraft.

Selbstmord.

Der gewerkschaftliche Zusammenbruch der SPD. ist offenbar. Nach ihren eigenen Angaben, die wir feinerzeit veröffentlichten, sind die „Zellen“ überall zusammengebrochen. Die kommunistischen Organisationen, die von der SPD. ausgezogen wurden, um die „Massen“ zu sich herüberzuführen, sind blutleere Gebilde. Selbst die Union der Hand- und Kopfarbeiter, die zwar niemals große Bedeutung erlangen konnte, hat 90 Proz. ihrer Mitglieder eingebüßt.

In allen Betrieben, in allen Berufen, wo die SPD. noch einige Anhänger hat, ist versucht worden, entsprechend der ausgegebenen Parole vor den Wahlen Lohnkämpfe zu entfesseln und überall die „Kampfbasis zu erweitern“. Für die gewissenlosen Handlanger der Moskauer Parteizentrale handelt es sich eingeständenermaßen nicht um eine Aktion zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Dazu ist die SPD. weder fähig, noch sind die kommunistischen Organisationsführer in der Lage, mit den Unternehmern zu verhandeln oder diesen sonstwie ihren Willen aufzuzwingen.

Alles ist Mißlingen. Die Arbeiter haben es gründlich satt, mit ihren Knochen und ihrer Erfindung die kommunistische Wahlpropaganda zu zahlen. Da die Massenflucht aus der SPD. nicht mehr zu verbergen ist, hat die „Rote Fahne“ kürzlich einen Brief veröffentlicht, worin der Schreiber den Wunsch ausdrückt, der SPD. beizutreten. Man denke! Es will jemand der SPD. beitreten. Der Gute mühte nur nicht, an wen er sich wenden soll.

Es dürfte auch ziemlich schwer sein, ihm eine einfache Antwort zu geben. Die SPD. hat, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Gewerkschaften zu zerstören, sich selbst zerstört. Sie hat ihre Organisation auf „Betriebszellen“ umgebaut. Wenn die von Moskau bestimmten Leiter der SPD. nur eine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen in den Betrieben hätten, würden sie einen derartigen Unfug nicht begangen haben. Aber vielleicht blieb ihnen nicht die Wahl. Sie hatten von Moskau Befehl, die Partei zu „hochschwefeln“. Wie sieht das in der Praxis aus?

Da sieht nun so ein Unglücksrabe, der noch an die kommunistischen Heilslehren glaubt oder den Weg zur Sozialdemokratie noch nicht zurückfindet, allein unter 50 oder 100 Arbeitern. In den anderen Abteilungen des Großbetriebes sieht es nicht besser aus. Und die „Bewährungswerten sollen nun Betriebszellen“ bilden und „Bewegungen entfesseln“. Die kommunistischen Bonzen haben es natürlich leicht, Parolen zu schmieden. Die „gewöhnlichen“ Mitglieder sollen zusehen, wie sie sie ausführen. Kein Wunder, wenn diese Verzweiflung befallt. Die SPD. hat den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft überhaupt einen unschätzbaren Dienst mit der „Hochschwefelung“ geleistet, die gleichbedeutend ist mit Selbstmord. Die Bahn ist frei für eine systematische Arbeit der Arbeiterorganisationen. Der 7. Dezember wird dies beweisen.

Wahlschwindel mit Hilfe des Eisenbahnerelends.

Die kommunistische Wahlkampagne unter den Eisenbahnern ist verpufft. Von den 40 000 Eisenbahnern, die in Berlin beschäftigt werden, waren etwas über tausend in der Versammlung am Mittwoch anwesend. Darunter befand sich eine große Anzahl Neugieriger, eine noch größere Zahl von Gegnern der Kommunisten. Eine knappe Hälfte der Versammlung, etwa 500-600 Mann, waren Mitglieder der SPD. und „Sympathisierende“.

Unsere Feststellungen im gestrigen Morgenblatt waren den Drohreden schwer auf die Nerven gefallen. Da sie außer der vorrückenden Wahlpropaganda für die SPD. nichts auf ihrer Waage hatten und andererseits verpufft waren, Wahlschwindel zu treiben, so schimpften sie mächtig auf den „Vorwärts“, der ihnen wieder einmal die Karte verhaselt hatte. Aus der Mitte der Versammlung wurden die kommunistischen Wahlredner jedoch wiederholt und deutlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Eisenbahner nicht gekommen wären, um Wahlfreden zu hören, sondern um über den Ausbau der Eisenbahnen zu beraten. Nach und nach wurden die Versammelten der schließlich langweilig wirkenden Reden der „Oppositionellen“ müde und verkrümelten sich. Dann wurden die üblichen Resolutionen angenommen. Es wurde als große Staatsaktion beschlossen, einen Aufruf an sämtliche Eisenbahner Deutschlands zu erlassen, der die üblichen, von der SPD. für den Wahlkampf aufgestellten „Forderungen“ enthält, und weiter wurde der Bezirksbetriebsrat beauftragt, einen „Reichsbetriebsrätekongress“ einzuberufen, der den Auftrag hat, auch in Deutschland das Sowjetparadies einzuführen.

Die ganze Aktion ist ja nicht ernst zu nehmen und wird selbstverständlich auch von den kommunistischen Drahtziehern nicht ernst genommen. Die „Rote Fahne“ hält es gar nicht für notwendig, in ihrer heutigen Morgennummer die für die Wahlen bestimmte „Aktion“ auch nur mit einem Wort zu erwähnen, obwohl ihr der Aufruf sicherlich schon vor Abhaltung der Versammlung bekannt war. Sie begnügt sich, auf der ersten Seite die Entschließung abzuzeichnen, die eine Besätigung dessen ist, was wir im voraus von dieser Versammlung gesagt haben: daß sie bestimmt ist, für die SPD. Wahlpropaganda zu machen. In dieser Entschließung wird nicht etwa gegen die reaktionären Parteien Stellung genommen, sondern nur gegen die Sozialdemokratische Partei und es wird schließlich aufgefordert, am 7. Dezember für die SPD. zu stimmen. Wir haben also richtig geraten. Es war aber nichts mit der „Massenlandhebung“.

Von der Sozialdemokratischen Partei war zur Verfassung der Genosse Bäger erschienen. Genosse Bäger beschränkte sich darauf, eine Erklärung abzugeben, daß die Sozialdemokratische Partei die ganze Eisenbahnfrage bei den Eisenbahnern als eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit betrachte. Selbstverständlich werde die neue Fraktion der SPD. ihren ganzen Einfluß dahin auszuwenden, die Wirkung des Abbaues der 2400 Eisenbahner zu mildern, wenn nicht zu inhibieren. Seine Partei wolle den Abbau ganzer Oberbauabteilungen, deren Arbeiten dann privaten Unternehmern übertragen würden, für unsinnig. Wie sie die einzige Partei gewesen sei, die vor dem Auseinandergehen des alten Reichstags die Einstellung des Abbaues beantragt hätte, würde sie selbstverständlich auch im neuen Reichstag die Interessen der Eisenbahner wahrnehmen. Die Eisenbahner müßten aber bedenken, daß nach der Neugestaltung die politischen Parteien nicht mehr den Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner haben wie früher.

Ein verhängnisvoller Lohnvorschlag.

Beim Eisenbahnmaschinenamt 5 (Sektierer Bahnhof) hatte der Betriebsratsvorsitzende L. im Auftrage einer Schußfirma Waren unter seinen Kollegen vertrieben. Dabei war ihm ein Mantel von 80 M. entfallen. L., der Annoncemittelkeiten befürchtete, falls der ohne sein Verschulden entstandene Fehlbetrag bekannt würde, war in Sorge, woher er das Geld nehmen sollte, um den Fehlbetrag zu decken. Er klopte seine Not dem Dienststellenleiter. Dieser wird als die rechte Hand des Dienststellenleiters angesehen und gilt deshalb in den Kreisen der Arbeiter als ein Mann von Einfluß. Der

1 Willst Du diesmal richtig wählen 1 1 Brauchst Du nur bis Eins zu zählen 1

Schreiber erbot sich für L. einen Lohnvorschlag zu erwirken und brachte es auch fertig, daß L. von der Stationskasse Ende August 40 M. und Anfang Oktober nochmals 50 M. Vorschlag erhielt.

Bald darauf erwiderte man, daß der Dienststellenleiter zu seinem Vorteil Unredlichkeiten bei der Aufstellung von Lohnlisten begangen hätte. Er wurde deshalb entlassen. Bei dieser Gelegenheit kam auch der an den Betriebsratsvorsitzenden L. gezahlte Vorschlag zur Sprache und L. wurde ebenfalls freilos entlassen. Er erhob deswegen Klage bei der Eisenbahndienstämter des Gewerbegerichts.

Der Vertreter der Eisenbahndirektion machte gegen L. geltend, daß dieser unredlicherweise den Vorschlag erhoben habe, denn nach den Dienstvorschriften dürfen Arbeiter nur beim Eintritt ihres Urlaubs einen Vorschlag in Höhe der Hälfte des ihnen für die Urlaubszeit zustehenden Lohnes erheben. Außerdem darf kein Vorschlag gewährt werden. Gegen diese Dienstvorschrift hatte L. protestiert. Aber dieser Protest wohnt nicht ausgereicht, um die fristlose Entlassung zu rechtfertigen, um so weniger, da ja L. des guten Glaubens sein konnte, daß der Schreiber im Einverständnis mit dem Dienststellenleiter ausnahmsweise den Vorschlag bewilligt hätte. Der auch von der Kasse anstandslos ausgezahlt wurde. Um die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden L. als begründet erweisen zu lassen, suchte es der Vertreter der Direktion so hinzustellen, als habe L. mit der Erlangung des Vorschlags nicht nur gegen die Dienstvorschrift verstoßen, sondern auch im Einverständnis mit dem Schreiber eine unredliche Handlung begangen. Die Kasse, die doch aus ihren Büchern wissen mußte, daß L. bei ihr in Vorschlag stand, hatte bis zum Tage der Entlassung den Vorschlag noch nicht vom Lohn abgezogen und L. hatte nichts dagegen einzuwenden, in der Meinung, daß ja seine Schulden nicht fortlaufen und daß ihm der Vorschlag später abgezogen werde. Aber der Direktionsvertreter glaubte hierdurch den Verdacht begründen zu können, L. habe den Vorschlag überhaupt nicht zurückzahlen wollen. Ein Beweis für diese Annahme konnte aber nicht erbracht werden. Als weiteres Verdachtsmoment dafür, daß L. mit dem unredlichen Schreiber unter einer Decke gesteckt habe, führte der Direktionsvertreter an, L. habe mit dem Schreiber oft so leise und heimlich gesprochen, daß der daneben stehende Beamte von der Unterhaltung nichts habe verstehen können. Wo so geheimnisvoll getuschelt werden, müsse es sich doch um Dinge handeln, die das Licht scheuen, meinte der Direktionsvertreter. — L. konnte dagegen die „Heimlichkeiten“ so erklären: Als Betriebsratsvorsitzender habe er mit dem Dienststellenleiter öfter zu sprechen gehabt. Die Besprechungen seien geführt worden, damit der daneben stehende Beamte bei seinen Arbeiten nicht gestört werde und schließlich sei es ja auch nicht immer angebracht, daß Angelegenheiten mit denen sich der Betriebsrat zu beschäftigen habe, zur Kenntnis Unbeteiligter kommen.

Nach längerer Verhandlung kam das Gericht zu einer Abweisung der Klage in erster Linie aus dem formalen Grunde, daß die Klagefrist um einen Tag überschritten war. Wie aus der sehr knappen Begründung des Urteils zu entnehmen ist, hat sich das Gericht aber auch mit dem sachlichen Teil der Klage beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Verletzung des Klägers vorliege, die um so mehr ins Gewicht falle, als der Kläger Vorsitzender des Betriebsrats war.

Hiermit ist jedenfalls eine Verletzung gegen die auf den Vorschlag bezügliche Dienstvorschrift gemeint. Eine Unredlichkeit des Klägers hat das Gericht offensichtlich nicht angenommen, denn sonst wäre das in der Begründung, so kurz sie auch war, sicher erwähnt worden. Für diese Auffassung spricht übrigens auch ein Satz in der Urteilsbegründung, welcher sagt es wäre zu wünschen gewesen, wenn der Kläger nicht freilos entlassen, sondern gelündigt worden wäre.

Es ist dem Direktionsvertreter also nicht gelungen, eine unredliche Handlung des Betriebsratsvorsitzenden glaubhaft zu machen. Aber insofern hat er sein Ziel erreicht, als die Dienststelle einen ihr vielleicht nicht genehmen Betriebsratsvorsitzenden losgeworden ist, weil er in gutem Glauben aber gegen die Dienstvorschrift einen Vorschlag erlangte, der ihm ebenso vorschlagswidrig vom Dienststellenleiter erwirkt, vom Dienststellenleiter durch Unterschlagung genehmigt und von der Kasse ausgezahlt worden ist. Wenn eine Verletzung gegen den Paragraphen-einst vorliegt, dann hat sie der Dienststellenleiter begangen und nicht der Entlassene.

Kommunistische Klamanaktion.

Neunkirchen, 4. Dezember. (W.Z.) Das Neunkirchner Eisenwerk hat die am 4. Dezember ablaufende Kündigung der 300 Arbeiter bis auf Sonntag einmündiglich verschoben. Heute nachmittag nahm eine Belegschaftsversammlung zu dieser Tatsache Stellung. Man einigte sich dahin, die weiteren Schritte den Gewerkschaften zu überlassen. Nach Beendigung der Versammlung wollten etwa 300 Kommunisten und Syndikalisten eine weitere hinauschiebung der Kündigung erzwingen. Als dies nicht gelang, wurde die Arbeit im Nordflügel des Werks niedergelegt. Auch ein Hochofen wurde gestoppt. Inzwischen hat eine kleine Anzahl von Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen.

Trohender Streik im Ostirauer Kohlengbiet.

Prag, 4. Dezember. (W.Z.) Das Scheitern der Einigungshandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und den Grubenbesitzern im Ostirauer Kohlengbiet wird voraussichtlich die Kündigung des Kollektivvertrages am 15. Dezember zur Folge haben. Durch den Streik in der zweiten Hälfte d. J. ist im Ostirauer Revier eine Winderförderung von 150 000 Zentnern zu verzeichnen gewesen.

Oesterreichische Lohnkämpfe.

Wien, 4. Dezember. (W.Z.) Die Angehörigen der Wiener Apotheken drohen mit einem Lohnstreik. Die Berganstellungen der Lehrerschaft von Nieder-Oesterreich mit der Landesregierung sind gescheitert. Die Telegraphen- und Telephonangehörigen haben an die Generaldirektion für das Post-, Telegraphen- und Telephonwesen ein bis zum 10. Dezember laufendes Ultimatum geteilt.

Verstärkung im polnischen Textilstreik.

Warschau, 4. Dezember. (W.Z.) In Lodz hat sich der Streik wegen der Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber verstärkt. Die Bewegung unter der Arbeiterschaft nimmt teilweise einen fast gewaltigen Charakter an. Man befürchtet für heute die Ausbreitung des Ausstandes auf die lebenswichtigen Betriebe.

Generalstreik in Lodz.

Lodz, 4. Dezember. (W.Z.) Hier ist der Generalstreik verkündet worden. Außer den Zettungen arbeiten nur die lebenswichtigen Betriebe.

Der Streik der Metallschleifer bei der Firma Schuchardt geht nach wie vor weiter. Die Firma versucht mit allen Mitteln, ihre Arbeit in den Kundenschleifereien unterzubringen. Sie bedient sich dabei einer Firma Vengs, Lichtenberg, Prinz-Albert-Strasse 6, der sie die Arbeit hinstellt. Diese Firma versucht nun, unter ihrem Namen die Arbeiten in den Kundenschleifereien anfertigen zu lassen. Darum, Kollegen der Kundenbetriebe, gebt Obacht! Verweigert jede Sireisarbeit, die Euch von der Firma Schuchardt in Telefon- und Radiotelefon angeboten wird. Zu Zweifelsfällen erfragen wir, im Bureau telephonisch oder mündlich anzufragen. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung.

Die Arbeiter der Kalkgruben des Departements Haut Rhin (Elsass) sind, wie bereits mitgeteilt wurde, gestern in den Streik eingetreten. Die Zahl der Ausständigen beträgt über 60 Proz. der Belegschaft.

Wirtschaft

Die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln.

Die „Statistische Korrespondenz“, das amtliche Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamts, bringt u. a. folgende Angaben:

In der Öffentlichkeit war lange die Meinung verbreitet und wurde noch durch unberufene Stellen genährt, daß unsere Ernte diesmal eine Katastrophe bedeute und wir das Schlimmste vor allem für unsere Brotversorgung befürchten müßten. Gegenüber diesen Gerüchten, die sich teilweise hartnäckig bis in die letzte Zeit hielten, ist namentlich auf das Brandenburgische zu betonen, daß die Verhältnisse weit günstiger liegen, als vielfach angenommen wurde. Um hierüber Klarheit zu schaffen, hat das Statistische Landesamt, nachdem 80 Proz. aller Erntemessungen eingelaufen sind, eine vollständige Uebersicht zusammengestellt aus der der Ernteausschlag im Vergleich mit der Vorschätzung für Brotgetreide Anfang August und Kartoffeln Anfang Oktober zu entnehmen ist.

Hieraus ist zu ersehen, daß die östlichen und mittleren Provinzen — außer Ostpreußen — durchweg gut abgeschnitten haben: In Brandenburg, Pommern, Grenzmark und Sachsen zeigt sich sogar eine Zunahme gegen die Ergebnisse der Vorschätzung bei Brotgetreide, zum Teil auch bei Kartoffeln. Auch Schleswig-Holstein zeigt noch keine große Einbuße. Viel schlechter liegt es dagegen in den westlichen Provinzen und Ostpreußen, wo in manchen Bezirken bis zu 80 Proz. der Ernte verlorengegangen sind. Im Provinz-Durchschnitt beträgt allerdings auch hier der Verlust nur 10 bis höchstens 20 Proz. gegenüber der Vorschätzung. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß auch von dem getreidearmen Erntegut ein großer Teil zur menschlichen Ernährung unbrauchbar geworden ist, oft nicht einmal leitliches Viehfutter bietet. Auch als Saatgut sind diese Körner nicht mehr geeignet, da bereits Keimung eingetreten ist. All diese Schädigungen wird man aber nach den vorliegenden Meldungen bei höchstens 50 Proz. der gesamten Mengen in den genannten Provinzen annehmen dürfen, so doch auch hier die Hälfte als durchaus brauchbar angesehen werden muß. Nimmt man das Getreide der übrigen Provinzen durchweg als in gutem Zustande befindlich an, so stehen von der ganzen Staatsernte bei 50,17 Millionen Doppelcentner, also 72,1 Proz. der vorjährigen Ernte einwandfrei für die menschliche Ernährung zur Verfügung.

Die Kartoffelernte zeigt kaum eine Abweichung von der Vorschätzung, allerdings sind diesmal drei bis viermal soviel erkrankt wie im Vorjahre. Trotzdem bleibt der Ausfall an guten Kartoffeln immer noch größer als im Vorjahre.

Berantworlich für Vollst: Ernst Reuter; Schriftl: Walter Guterbrun; Geschäftsabteilung: Friede, Gleron; Anzeigen: Dr. John Schönlank; Verlags- und Vertriebs: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gluck; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

TRAURINGE
in jeder Größe u. Qualität stets vorrätig, nur billige Preise berechn.
M. Dins, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
N. 10 - Bahnh. Lichtenb.-Friedrich-1
Teleph. Lichtenberg 3322

Korbmöbel
eine Herstellung edelsten Aus-
wähligen Rohmaterials. Aus-
wählige Ausführung vor-
zuziehen u. billig im
Erdm.-Korbmöbelhaus
Edmund Voß
Königsplatz, Berlin Str. 14
In der Herrmannplatz
Teleph. Köpenick 1114, Zahlm.-Verleichteilung

Sensationell sind meine konkur-
renztlos billigen
Preise
Trauringe trotz
Prämienverteilung bis Ende Dezember,
bestehend aus:
Speise- u. Schlafzimmert., Küchen usw.
Die Gegenstände sind ausgestellt bei der Firma Fechner & Freidl,
Neue Schönhauser Straße 2, Ferner 30 Barpreise 5 Mk 10.-
kein Preisnachschlag, Bedingungen unverändert im Laden
990 best. R. M.: 1 Gr. schwer 12.21.-
555 und 333er Größe pro Stück von 11.4.- aufwärts
H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleri str. 30
Berlin W., Passauer Str 12

Hosen jeder Art kaufen Sie am besten un-
verändert in d. Mönchen-Gladbacher
Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzuge-
Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügenstr. 23 (nahe Gesu-Drbr.)
Blauer Laden - Fahrzeildverleiher

Strumpfwaren u. Trikotagen
in Qualität, große Auswahl
zu billigen Preisen, kauf u. Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a. d. Weic-selstraße
Vorzeiger dieses Inners 5 St., Rabatt.

Guter Schlaf ist das beste
Bettmittel.
Mein Bett für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, 5 ab matr. 12.- an Private
Bouquet Bed.-Anlagen Katalog 20A frei
Bismarckmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Auf Teilzahlung!
Herrn-Garderobe
Gute Qualitäten
zu soliden Preisen
CANNITZER
So 811 ausser Allee 921,
am Lichtenb.-Bahnh., N. 10

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtsituation
des „Vorwärts“ und
billig!

**Berliner Elektriker-
Genossenschaft**
angesch. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher, Norden 1108
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Pianos, Flügel
erkantklassig, preiswert.
Römhildt,
Potsdamer Str. 126.
HOLZHAUSEN
von 500 Mk. an
Schuppen, Hallen, Ge-
schäften, etc. liefert preis-
wert. 1227 21
Holtzhausen Littenborn
14, Littenbornstr. 11-13
Berlin 1024/21